

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Montag, den 18.02.2019
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:00 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rathauses Niedereschach

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Martin Ragg

Schriftführung

Herr Albert Bantle

CDU Fraktion

Herr Thilo Briechle

Herr Peter Engesser

Frau Manuela Fauler

Frau Rosemarie Fellhauer

Herr Jörg Freund

Herr Edgar Lamparter

Freie Wähler Fraktion

Herr Michael Asal

Herr Martin Emminger

Herr Rüdiger Krachenfels

Frau Ilse Mehlhorn

Herr Walter Pankoke

Herr Werner Reich

von der Verwaltung

Frau Melanie Cziep

Herr Alfred Haberstroh

Herr Jürgen Lauer

Herr Hartmut Stern

Abwesend:

CDU Fraktion

Herr Armin Müller

Herr Siegfried Reich

Herr Holger Tranzer

Abwesend: Ortsvorsteher Alfred Irion

Als Zuhörer anwesend: Herr Dr. Martin Aichele, Herr Klaus Wieneke, Herr Helfried Slowikowska, Herr Erhard Grässlin, Herr Walter Obergfell, Herr Wolfgang Thausser.

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse
- 2 Frageviertelstunde
- 3 Baugesuche
- 3.1 Umnutzung Postfiliale in Pizzeria, Königsfelder Str. 3, Flst. Nr. 64, Gemarkung Fischbach
- 3.2 Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelcarport, Brestenberg 25, Flst. Nr. 590/3, Gemarkung Kappel
- 4 Flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf Gemeindestraßen in der Gesamtgemeinde Niedereschach
- 5 Wünsche und Anträge
- 6 Verschiedenes und Bekanntgaben

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden zu dieser Sitzung.

Öffentlicher Teil

TOP 1

Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende erstattet Bericht über die zurückliegende Sitzung des Gemeinderates am Montag den 21.01.2019.

TOP 2

Frageviertelstunde

2.1 Aus den Reihen der Zuhörer meldet sich Herr Dr. Martin Aichele zu TOP 4, „Flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf Gemeindestraßen in der Gesamtgemeinde Niedereschach“, zu Wort. Er erklärt, dass die ganze Diskussion überflüssig sei, wenn nicht sichergestellt werde, dass auch entsprechend kontrolliert wird und zudem entsprechende Veränderungen oder Aufzeichnungen am Straßenbelag erfolgen. Er beobachte die Situation in der Villinger Straße seit vielen Jahren und auch in anderen Bereichen. Herr Aichele fragt, was der Gemeinderat zu tun gedenke, um auf den Straßenbelägen deutlich zu machen, dass hier eine Zone 30 beginnt und was er zu tun gedenke, dass schärfer kontrolliert wird. Zudem fragt Herr Aichele, ob bei der Diskussion unter TOP 4 auch an die Belange der Radfahrer gedacht werde. Diese stünden vor allem auch in der Villinger Straße auf verlorenem Posten. Es wäre dringend notwendig bei der Beratung und Diskussion auch an die Radler zu denken. Des Weiteren kritisiert er die Situation im Bereich der Steigstraße, wo Tempo 30 mit Blick auf das Gebiet „Öschle“ endet und dann sofort wieder Gas gegeben werde.

Herr Helfried Slowikowska erklärt, dass er derselben Meinung sei wie Herr Aichele. Er wohne im Hardtweg und dort gebe es Familien mit insgesamt 25 Kindern zwischen drei und zehn Jahren und diese möchten alle in Ruhe spielen. Er habe den Antrag auf Einführung von Tempo 30 im Hardtweg bereits vor zwei Jahren gestellt. So wie die Situation derzeit sei, könne es jedoch nicht mehr weitergehen.

Herr Erhard Grässlin erklärt, dass er den Beschluss des Gemeinderates aus dem Jahr 2011, wonach alle Tempo 30 oder keiner Tempo 30 erhalten soll, für im Grunde genommen das „letzte Argument“ hält. Es könne doch nicht sein, dass man alle gleich schlecht stellt. Man sollte wenigstens die Möglichkeiten nutzen die man hat, jemanden „gut zu stellen“.

2.2 Walter Oberfell lenkt das Thema auf den Flächennutzungsplan bzw. den Grundstücks-tausch zwischen Fischbach und Niedereschach. Er fragt, weshalb man nicht am „Vorderen Herrenberg“, wo noch Fläche vorhanden sei, in Niedereschach das nächste Neubaugebiet ausweise, sondern „Über dem Berg“ wieder eine sehr wertvolle landwirtschaftliche Fläche

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

zerschneide. In seiner Antwort erklärt der Vorsitzende, was das im Lageplan mit Blick auf den getätigten Grundstückstausch eingezeichnete Areal nicht unbedingt das künftige und nächste Wohnbaugebiet im Kernort Niedereschach sein müsse. Darüber müsse der Gemeinderat nach Vorliegen von verschiedenen Prüfungsergebnissen zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Was den „Vorderen Herrenberg“ anbelange, gebe es dort verschiedene Problematiken, allen voran die Denkmalschutzproblematik. Es sei „Zukunftsmusik“, welche Fläche letztlich als nächstes Wohnbaugebiet im Kernort Niedereschach ausgewiesen wird. Zudem erinnerte Herr Oberfell daran, dass einmal geplant war, zur Entlastung der Steigstraße eine Straße Richtung der L 181 zwischen Niedereschach und Fischbach zu bauen. Auch dies, so der Vorsitzende, sei ein Thema, über das der Gemeinderat zu gegebener Zeit entscheiden müsse. Auch sei es so, dass sich gerade auf dem baulichen Sektor die Welt gedreht habe. Bei der Verwaltung würden wöchentlich junge Familien mit Kindern aufschlagen, die man gerne in der Gemeinde haben möchte, die dringend Bauplätze suchen. Solche jungen Familien seien die Zukunft der Gemeinde. Deshalb unternahme die Gemeinde und auch der Gemeinderat alles, um im Kernort Niedereschach Wohnbauflächen zu erschließen, damit diese jungen Familien im Ort gehalten werden können bzw. zuziehen. Um Wohnbauflächen ausweisen zu können, „hake“ es jedoch noch an sehr vielen Stellen.

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

TOP 3

Baugesuche

TOP 3.1

Umnutzung Postfiliale in Pizzeria, Königsfelder Str. 3, Flst. Nr. 64, Gemarkung Fischbach

Das beantragte Bauvorhaben liegt im unverplanten Innenbereich. Das Einvernehmen des Gemeinderates ist erforderlich.

Mit Blick auf das Baugesuch zur Umnutzung einer früheren Postfiliale in eine Pizzeria bittet Gemeinderat Werner Reich um Auskunft darüber, ob sich der Ortschaftsrat Fischbach diesbezüglich bereits geäußert habe. Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass das Baugesuch erst nach der zurückliegenden Sitzung des Ortschaftsrates im Januar 2019 eingegangen ist und deshalb aus „Fristeinhaltungsgründen“ nicht mehr dem Gremium vorgelegt werden konnte. Gemeinderat- und Ortsvorsteher Peter Engesser weist darauf hin, dass er bereits des Öfteren darauf angesprochen wurde, was genau in der Pizzeria geplant sei. Die Frage sei, ob die Pizzeria öffentlich zugänglich sein wird, oder ob nur Hausverkauf stattfindet. Hierzu erklärt Hauptamtsleiter Jürgen Lauer, dass für eine richtige Pizzeria der vorhandene Raum wie aus dem Lageplan auch ersichtlich, viel zu klein wäre. Es handle sich deshalb um ein Bistro. Es sei auch ein „Hausverkauf“ geplant. Zu den von Herrn Engesser hinterfragten Öffnungszeiten, konnte Herr Lauer keine Auskunft geben. Diese seien auch nicht Teil eines Bauantrages. Auf Nachfrage von Herrn Walter Pankoke, wie die „Wirtschaftlichkeitsüberlegungen“ des Antragstellers aussehen, erklärt Herr Lauer, dass auch dies nicht Sache der Gemeinde sei, dies im Zuge einer Baugenehmigung zu erkunden. Dies alles abzuklären sei Sache des Landratsamtes, wenn im Konzessionsverfahren ohnehin viele Dinge noch geprüft werden müssen. Gemeinderat Edgar Lamparter befürchtet, dass in dem Bistro über kurz oder lang Spielautomaten aufgestellt werden. Grundsätzlich, so Herr Lauer, wäre dies bis zu drei Spielautomaten in der Tat möglich. Hierzu erklärt Gemeinderätin Manuela Fauler, dass auch dies im Zuge des Konzessionsverfahrens vom Landratsamt genau, wie vieles andere, geprüft werde. Peter Engesser bittet um Auskunft darüber, wie es hinsichtlich der Parkplätze aussehe. Diese, so Herr Lauer, seien wie im Lageplan aufgezeichnet vorhanden.

Beschluss:

3.1 Bei zwei Enthaltungen durch die Gemeinderäte Herrn Jörg Freund und Herrn Werner Reich, erteilt der Gemeinderat mehrheitlich das Einvernehmen zum vorgelegten Bauvorhaben, so wie in der Sitzungsvorlage aufgeführt.

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

TOP 3.2

Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelcarport, Brestenberg 25, Flst. Nr. 590/3, Gemarkung Kappel

Das beantragte Bauvorhaben liegt im unverplanten Innenbereich. Das Einvernehmen des Gemeinderates ist erforderlich.

Bereits im Jahr 2016 hat das Landratsamt, Baurechtsamt, einer Bauvoranfrage über den Neubau eines 2-geschossigen Wohnhauses mit Doppelgarage, zugestimmt. Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 12.09.2016 der Bauvoranfrage sein Einvernehmen erteilt.

Gemeinderat Edgar Lamparter bittet um Auskunft darüber, ob die bei der Beratung der Bauvoranfrage im Jahr 2016 aufgetretene Problematik hinsichtlich der Grenzabstände zum „Neuhauser Bächle“ hin, zwischenzeitlich geklärt sind. Herr Lauer erklärt, dass dies im Zuge des Bauvorbescheides vom Landratsamt mit Sicherheit geprüft wurde. Er gehe davon aus, dass es keine Probleme gebe, sonst wäre die Bauvoranfrage nicht positiv beschieden worden. Auf Nachfrage von Gemeinderat Walter Pankoke, ob der Antragsteller selbst in das Haus einziehen wolle, erklärt Ortsvorsteher Werner Reich, dass dies seines Wissens nicht der Fall sei.

Beschluss:

3.2 Bei einer Enthaltung durch Gemeinderat Jörg Freund, erteilt der Gemeinderat zum Bauvorhaben, so wie in der Sitzungsvorlage aufgeführt, mehrheitlich das Einvernehmen.

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

TOP 4

Flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf Gemeindestraßen in der Gesamtgemeinde Niedereschach

Sachverhalt:

Bereits im Jahr 1986 wurden in verschiedenen Straßen bzw. Straßenabschnitten Geschwindigkeitsreduzierungen auf 30 km/h vorgenommen.

Im Oktober 1992 wurde im Gemeinderat beschlossen, kleine flächendeckende Zone-30 in Wohngebieten einzuführen. Die vorliegenden Einzelanträge wurden abgelehnt. Anträge auf Einführung von Tempo-30 in verschiedenen Wohnstraßen wurden auch in den Jahren 1994 und 1998 im Gemeinderat abgelehnt.

Aufgrund weiterer Anträge aus der Bürgerschaft wurde das Thema im September 2011 im Gemeinderat wieder aufgegriffen. Um die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger, ob sie nun im Wohngebiet oder an einer Durchgangsstraße wohnen, zu gewährleisten, wurde in der Sitzung vom 08. November 2011 folgender Beschluss gefasst:

„Die Gemeinde beantragt flächendeckend die Einführung von Tempo 30. Flächendeckend heißt alle Straßen, also auch die qualifizierten Durchgangsstraßen.“

Die Verwaltung wurde daraufhin beauftragt, für die Gesamtgemeinde flächendeckend die Reduzierung der Geschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h auf allen Innerortsstraßen, einschließlich der Landes- und Kreisstraße im Bereich der Ortsdurchfahrten, beim Landratsamt zu beantragen. Dieser Antrag wurde vom Straßenverkehrsamt des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis für die qualifizierten Landes- und Kreisstraßen abgelehnt. Zwar wurden zwischenzeitlich dennoch für Teilbereiche der qualifizierten Landstraßen „Villinger Straße“ und „Dauchinger Straße“ Geschwindigkeitsreduzierungen angeordnet, jedoch handelte es sich hierbei um ausdrückliche Einzelfallentscheidungen der genannten Behörde, welche nicht auf andere Landes- oder Kreisstraßen in der Gesamtgemeinde übertragen werden können.

Die Bestimmung der Geschwindigkeiten im Bereich der Gemeindestraßen erfolgt durch das Straßenverkehrsamt beim Landratsamt auf Antrag und im Einvernehmen mit der Gemeinde. Zunächst wurde hierzu im Jahr 2012 eine Umfrage bei der Bevölkerung, wie auch eine Bürgerversammlung, durchgeführt. Es ergab sich, auch aufgrund einer geringen Beteiligung, kein eindeutiges Ergebnis.

Der Gemeinderat sah mehrheitlich in einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h nur in Wohngebieten eine Ungleichbehandlung von Anwohnern an qualifizierten Straßen. Der gefasste Beschluss vom 08. November 2011 wurde deshalb in der Sitzung vom 08. Juli 2013 aufrechterhalten. Die Gemeinde fordert seither wiederholt, flächendeckend auf allen Straßen und in allen Ortsteilen, also auch auf allen Durchgangsstraßen, die Einführung von Tempo 30. So wird diese Frage auch immer bei der jährlich stattfindenden Verkehrsschau aufgeworfen. Außerdem wurde die Verwaltung aufgrund des gefassten Beschlusses beauftragt, die damals vorliegenden Anträge und zukünftigen Anträge auf Tempo 30 zurück zu weisen.

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Von Anwohnern des Hardtwegs wurde im vergangenen Jahr ein neuerlicher Antrag für den Bereich des Hardtwegs gestellt. Der Antrag wurde, in Absprache mit dem Gemeinderat, in der jährlich stattfindenden Verkehrsschau mit Vertretern des Polizeipräsidiums Tuttlingen, dem Straßenbauamt und dem Straßenverkehrsamt, jeweils des Landratsamtes SBK, vor Ort erörtert und vom Straßenverkehrsamt des Landratsamtes in einer Ergebnis-Niederschrift bewertet. Herr Bürgermeister Ragg, berichtete hierüber in der Gemeinderatssitzung vom 14. Mai 2018 sowie in den Ortschaftsratssitzungen im Juli 2018. In der Ergebnis- Niederschrift des Straßenverkehrsamtes des Landratsamtes ist formuliert:

„Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Anwohner und alle Verkehrsteilnehmer, haben sich Tempo-30-Zonen in Wohngebieten in den letzten Jahren nahezu in allen Gemeinden des Landkreises durchgesetzt und es wurden hiermit sehr gute Erfahrungen gesammelt. Durch das Straßenverkehrsamt wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 45 Abs. 1c StVO die Straßenverkehrsbehörde Tempo-30-Zonen innerhalb geschlossener Ortschaften und Gebieten mit hoher Fußgänger- und Radverdichte sowie mit hohem Querungsbedarf anordnen kann, wenn das Einvernehmen mit der Gemeinde besteht. Hierzu wäre es erforderlich, dass sich die politischen Gremien der Gemeinde Niedereschach mit diesem Thema eingehend befassen und einen entsprechend positiven Beschluss fassen.“

Der Gemeinderat hat hierzu in seiner Sitzung am 17. September 2018 sowie die drei Ortschaftsräte in ihren Ortschaftsratssitzungen im Oktober 2018 beraten.

Der Vorsitzende verweist auf die umfangreiche Sitzungsvorlage und erklärt, dass wie in der Sitzung am 17.09.2018 beschlossen, zwischenzeitlich auch die Ortschaftsräte in Fischbach, Schabenhäusern und Kappel zur Thematik befragt wurden. Der Ortschaftsrat Schabenhäusern habe einstimmig zugestimmt. Die Ortschaftsräte in Fischbach und Kappel sehen für ihre Ortsteile zwar keine unbedingte Notwendigkeit dort Tempo 30 einzuführen, sollte der Gemeinderat jedoch zum Schluss kommen dass Tempo 30 eingeführt wird, können sich die Ortschaftsräte in Fischbach und Kappel auch damit anfreunden, dass in ihren Ortsteilen Tempo 30 eingeführt wird, damit diese in der Gesamtgemeinde einheitlich geregelt ist.. Diesbezüglich hätten die beiden Gremien extra einen zweiten Beschluss gefasst.

Für alle Anwesenden, die vielleicht nicht ganz mit der Materie vertraut sind, erläutert der Vorsitzende noch einmal ausführlich, dass die Gemeinde nur für die gemeindeeigenen Straßen entscheiden könne, ob dort Tempo 30 eingeführt wird. Ausgeschlossen seien nach wie vor die sogenannten „qualifizierten Straßen“. Hierüber entscheiden ausschließlich höhere Stellen. Die Gemeinde könne hierbei lediglich Anregungen geben. In besonderen Fällen gebe es, beispielsweise im Bereich der L 181 in der Ortsmitte von Fischbach, beim Kindergarten oder auch in der Villinger Straße in Niedereschach bereits punktuell Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h. Noch einmal verweist der Vorsitzende auf den Beschluss des Gemeinderates aus dem Jahr 2011, wonach man wolle, dass für alle Tempo 30 eingeführt werde oder für keinen. Damals habe der Gemeinderat gehofft, auf diese Weise auch einen gewissen Druck ausüben zu können, damit vielleicht der Bund irgendwann einmal zu einer einheitlichen gesetzlichen Regelung kommt. Es sehe jedoch so aus, als ob sich diesbezüglich auf dem gesetzlichen Wege nichts ändere. Bei der zurückliegenden Verkehrsschau sei es jedoch so gewesen, dass die Mitglieder der Verkehrsschau der Gemeinde dringend empfohlen haben, auf den Straßen in denen es ihr möglich ist, so wie in den meisten anderen Gemeinden innerhalb des Schwarzwald Baar Kreises bereits der Fall, Tempo 30 einzuführen. Sollte der Gemeinderat sich für Tempo 30 entscheiden, soll ein Planungsbüro mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Konzeption beauftragt werden. Selbst wenn der Gemeinderat am heutigen Abend beschließen sollte, Tempo 30 einzuführen, so der Vorsitzen-

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

de, werde man natürlich weiterhin Augen und Ohren offen halten und versuchen wo immer es geht, auch in qualifizierten Straßen innerhalb der Gesamtgemeinde Tempo 30 durchzusetzen.

Gemeinderat Rüdiger Krachenfels erklärt, dass er grundsätzlich für Tempo 30 sei. Im Kernort Niedereschach sei es bereits so, dass fast alle qualifizierten Straßen ebenfalls weitestgehend mit Tempo 30 belegt sind. Ein zustimmender Beschluss zu Tempo 30 sei ein klares Zeichen dafür, dass es die Verwaltung und der Gemeinderat mit dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger ernst meinen. Was ihn störe, sei das Planungskonzept, das für teures Geld in Auftrag gegeben werden soll. Gegen Menschen, die sich nicht an die Verkehrsregeln halten, könne man im Grunde genommen nichts machen. Es sei jedoch in der Praxis durchaus so, dass dort wo Tempo 30 gilt, im Schnitt 10-15 km/h langsamer gefahren werde, als wenn 50 km/h erlaubt sei.

Gemeinderat Michael Asal erklärt, dass auch ihn der vorhandene „Flickenteppich“ störe. Er plädiert jedoch dafür, sich an den Beschluss aus dem Jahr 2011 zu halten. Wenn Tempo 30, dann für alle, so seine Meinung. Seiner Meinung nach ist zudem das Interesse an Tempo 30 bei einem Großteil der Bevölkerung eher gering, wie auch die schwache Resonanz auf die entsprechende Bürgerversammlung in Niedereschach, sowie das Ergebnis des Bürgerentscheides im benachbarten Dauchingen, bei dem zwei Drittel gegen die Einführung von Tempo 30 votierten, deutlich zeige. Auch er habe sich mit verschiedenen Menschen innerhalb der Gemeinde unterhalten und dabei festgestellt, dass viele gegen die Einführung von Tempo 30 seien.

Gemeinderat- und Ortsvorsteher Werner Reich erklärt, dass er nach 35 Jahren als Gemeinderat seine Meinung geändert habe. Auch er sei immer ein Anhänger des sogenannten „Gerechtigkeitsmodells“ gewesen. Die von Herrn Dr. Aichele angesprochene Kontrolle hält er angesichts der Realitäten für „Utopie“. Auch er könnte sich vorstellen, dass dann, wenn man Tempo 30 beschließe, im Schnitt 10-15 km langsamer gefahren wird.

Gemeinderätin Ilse Mehlhorn spricht sich ebenfalls für die Einführung von Tempo 30 aus. Sie wendet sich allerdings gegen die Beauftragung eines Planungsbüros zur Ausarbeitung eines entsprechenden Konzeptes und erinnert an einen von Herrn Christof Beck vorgelegten Plan und fragt nach, ob man nicht diesen für die Umsetzung von Tempo 30 nutzen könnte. Dann müsse man nicht unbedingt Geld für ein Planungsbüro in die Hand nehmen.

Gemeinderat Walter Pankoke erklärt, dass er als „Mann der Praxis“ für Tempo 30 sei, wo immer es nur geht. Er habe in Zusammenarbeit mit weiteren Anwohnern in seinem Wohngebiet an der „Schabenhauer Halde“ dort bereits ein Hinweisschild auf dort spielende Kinder anbringen lassen, dies habe sich bestens bewährt. Es werde dort eindeutig langsamer gefahren, seitdem dieses Schild angebracht wurde.

Gemeinderat Jörg Freund weist noch einmal darauf hin, dass das „Tempo 30 Problem“ seit vielen Jahren ein Dauerbrenner sei. Der Beschluss, „alle oder keiner“, sei ein Versuch gewesen Druck auf die Politik auszuüben, was letztlich nichts gebracht habe. Für die Zuhörer erläutert er noch einmal, dass es innerhalb der Gesamtgemeinde Straßen gebe, in denen die Gemeinde absolut nichts zu sagen habe. Dies gelte auch für den immer wieder an den Gemeinderat herangetragenen Wunsch, hier oder da Blitzer aufzustellen. Hier müsse man klar und deutlich erkennen, wo die Grenzen des Gemeinderates sind und in solchen Fällen könne der Gemeinderat nur als „Wasserträger“ fungieren und dies an die entsprechenden Stellen weiterleiten. Bislang sei es jedoch nicht gelungen, das Land oder auch den Kreis dazu zu

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

bewegen, ihre, was die qualifizierten Straßen anbelangt, vorhandene Meinung zu ändern. Herr Freund erklärt, dass er beruflich sehr viel unterwegs sei und immer wieder feststelle, dass dort wo Tempo 30 vorgeschrieben ist, es gerade die Einheimischen seien, die teils sogar mit Lichthupe Druck machen, wenn man in dreißiger Zonen Tempo 30 einhält. Dies sei auch in Niedereschach nicht anders. Er könne nicht verstehen, wenn man bei der Gemeinde nach Tempo 30 „schreie“, selbst als Anwohner jedoch nicht bereit sei, sich daran zu halten und zu schnell fahre. Auch halte er nichts davon ein Planungsbüro zu beauftragen, dass mit Sicherheit wieder rund 10.000 € kosten würde. Ihm würde an den Ein- und Ausfahrten ein entsprechendes großes Schild ausreichen.

Auch Gemeinderätin Rosemarie Fellhauer spricht sich für Tempo 30 aber gegen die Beauftragung eines Planungsbüros aus.

Gemeinderat Edgar Lamparter betont dass er für Tempo 30 sei. Er sehe es wie Dr. Martin Aichele, wonach der vorhandene Flickenteppich in Niedereschach weg müsse. Die hierfür notwendigen Schilder könne die Gemeinde durchaus selber aufstellen und das Geld das Planungsbüro einsparen. Auch den Hinweis von Herrn Aichele durch Pflasterungen, Aufschriften oder ähnlichem, am Beginn der Tempo-30-Zonen darauf hinzuweisen, hält er für gut. Mit Blick auf das vorhandene Tempo 30 Schild vor dem Navy Pub, erklärt er, dass es Sinn machen würde, dieses Schild in Richtung Rottweiler Straße in Höhe der Physiotherapiepraxis von Herrn Sören Rall zu installieren. Auch weist Herr Lamparter darauf hin, dass im Wohnbaugebiet Schabenhauser Halde versäumt wurde einen Spielplatz zu erbauen. Deshalb spielen dort, wie er aus eigener Erfahrung immer wieder erkenne, sehr viele Kinder auf der Straße und wenn er mit dem Auto komme, sei er im Grunde genommen sogar der Störenfried.

Gemeinderätin Manuela Fauler erklärt, dass sie bei diesem Thema sehr „zwiegespalten“ sei. Es werde schlicht und ergreifend zu schnell gefahren. Sie wohne in einer 30er Zone und könne dies jeden Tag feststellen. Zudem stelle sie fest, dass es sich dabei um Einheimische handele, welche die Geschwindigkeit nicht einhalten. Sie sehe es wie Herr Aichele. Wenn die Kontrollen fehlen, machen die Schilder keinen Sinn. Ändern könnte man dies durch sogenannte „Bremser“ wie „Aufpflasterungen“ auf der Straße. Auch wurde schon mehrfach das Aufstellen von Pflanzenkübeln diskutiert, was jedoch beim Winterdienst wieder für Probleme sorgen würde. Auch weist sie darauf hin, dass es in der Gemeinde viele Menschen gebe, die keine Zone 30 wollen. Mit Blick auf die Nachbargemeinde Dauchingen, stellt sie den Antrag, im Zuge der Kommunalwahl am 26.05.2019 einen Bürgerentscheid zu diesem Thema durchzuführen. Als gute Demokraten gelte es dann, das Ergebnis dann auch zu akzeptieren.

Gemeinde- und Ortsvorsteher Peter Engesser weist darauf hin, dass Tempo 30 ein sehr schwieriges Thema darstelle. Ihn stört vor allem, dass die Gesetzgebung hier nicht konsequent sei. Er könne nicht verstehen, dass in Kurorten Tempo 30 auch auf qualifizierten Straßen möglich ist, in anderen Orten jedoch nicht. Dort wohnen ebenfalls Menschen und es seien keine Menschen zweiter Klasse. Zudem plädiert er dafür, dass viel höhere Bußgelder verhängt werden sollten. Dann könnte das Problem ebenfalls besser in den Griff gebracht werden. Er persönlich sei gegen Tempo 30 würde jedoch einen Gemeinderatsbeschluss oder auch das Ergebnis des Bürgerentscheides als Demokrat akzeptieren.

Aus den Reihen der Zuhörer weist Herr Wolfgang Tauser darauf hin, dass es mit dem Aufstellen einiger Schilder nicht getan sei. Es gebe noch ganz andere Problematiken, die berücksichtigt werden sollten. So erinnert er daran, dass in der Öschlestraße vor Jahren als diese zur Tempo-30-Zone erklärt wurde, die dann eigentlich übliche rechts vor links Rege-

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

lung dahingehend geändert wurde, dass die Öschlestraße durchgehend vorfahrtsberechtigt ist. Begründet wurde dies damit, dass im Winter ansonsten die Linienbusse in der Öschlestraße nicht fahren könnten, auch dies gelte es zu berücksichtigen.

Rüdiger Krachenfels erklärt, dass es sich bei der Einführung von Tempo 30 endlich einmal um ein Thema handle, bei dem der Gemeinderat etwas zu entscheiden habe. Er erklärt, dass beim von Frau Fauler angestrebten Volksentscheid jedoch nur die Bürgerinnen und Bürger abstimmen sollten, die nicht in einer Zone 30 wohnen. Gegen diesen Vorschlag von Herrn Krachenfels wendet sich Frau Fauler. Sie erklärt, dass dies gar nicht gehe, in einer Demokratie gelte gleiches Recht für alle.

Der Vorsitzende erläutert, dass es mit Blick auf das von der Verwaltung vorgeschlagene Planungsbüro das beauftragt werden soll, ganz spezielle Gründe gebe und erteilt Herrn Ortsbaumeister Hartmut Stern das Wort. Herr Stern erklärt, dass ihn dieses Thema seit den 90er Jahren begleite. Die Einen, die privilegiert sind, haben Zone 30, dort gilt rechts vor links, doch ganz so einfach sei es nicht. Beim Aufstellen von entsprechenden Schildern, gebe es viele andere Gesichtspunkte, Vorgaben und Bestimmungen zu berücksichtigen. Bei Unfällen, speziell wenn diese mit Personenschäden verbunden sind, werde vor allem von Versicherungen geprüft, ob man den „schwarzen Peter“ nicht jemanden anders zuschieben könnte. Angesichts der schwierigen Rechtslage sei es wichtig beim Aufstellen der Schilder keinerlei Fehler zu machen. Ansonsten könne dies erhebliche Folgen haben. Mit Blick auf die notwendige Planungs- und Rechtssicherheit plädiert Herr Stern dafür, ein Planungsbüro zu beauftragen. Die Gemeinde könne das Risiko, selbst bei kleinsten Fehlern, die dann von den Versicherungen ausgenutzt werden, in keiner Weise auf sich nehmen.

Herr Pankoke und Herr Krachenfels bitten um Auskunft darüber, was die Beauftragung eines Planungsbüros kosten würde. Zudem erklärt Herr Pankoke, dass er allen Bewohnern in 30er Zonen dazu rät, Schnellfahrer, die in der Regel zu den Anwohnern gehören, ganz gezielt darauf anzusprechen. Er habe die Erfahrung gemacht, dass man in einem guten Gespräch viele Dinge gut lösen könne.

Der Vorsitzende erklärt, und dies sehe er nur als grobe Hausnummer, dass ein Planungsbüro rund 10.000 € kosten würde.

Gemeinderat Michal Asal findet die Idee von Frau Manuela Fauler, einen Bürgerentscheid zu Tempo 30 durchzuführen, sehr gut. Wenn der Gemeinderat entscheide, gebe dies sicherlich nur „böses Blut“. Bei einer Bürgerbefragung habe man ein klares Ergebnis.

Noch einmal erklärt Herr Krachenfels, dass er nicht verstehen könne, dass der Gemeinderat sich hier vor einer Entscheidung drücke. Wenn man etwas zu entscheiden habe, sollte man dies auch tun. Herr Lauer erklärt, dass man nicht wegen jedes Beschlusses einen Bürgerentscheid durchführen solle oder könne. Herr Lamparter sieht in dem Antrag von Frau Fauler einen Schritt zurück, da, wenn Tempo 30 abgelehnt werde auch die vorhandenen 30er Zonen wohl aufgehoben werden müssten. Hierzu erklärt Frau Fauler, dass dies nicht Inhalt ihres Antrags sei. Sie bezwecke mit dem Bürgerentscheid lediglich eine Abstimmung darüber, ob Tempo 30 flächendeckend eingeführt wird oder nicht. Das sei gelebte Demokratie. Peter Engesser weist aus seiner Erfahrung mit den von ihm betreuten Geschwindigkeitsanzeigen im Ortsteil Fischbach darauf hin, dass dort, wo die Geschwindigkeit angezeigt werde, die Raser sehr schnell aufs Bremspedal drücken. Noch einmal erklärt er, dass höhere Strafen mit Sicherheit, nach dem Vorbild der Schweiz, Erfolg hätten. Auf Anregung von Frau Fellhauer, in den Straßen in denen viele Kinder wohnen, Schilder mit Hinweis auf spielende Kin-

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

der anzubringen, erklärt Herr Ragg, dass dies auf Privatgrundstücken den Anwohnern gestattet sei. Nichtsdestotrotz plädiert der Vorsitzende noch einmal für die Beauftragung eines Planungsbüros, um beispielsweise Überraschungen wie sie von Herrn Stern oder auch von Herrn Tauser aufgeführt wurden, von vorneherein zu vermeiden.

Auf den von Frau Fauler beantragten Bürgerentscheid eingehend, erklärt der Vorsitzende, dass das Ergebnis dieses Entscheides für den Gemeinderat verbindlich wäre und die Gemeinde dies dann auch umsetzen müsste. Es handle sich dabei um einen sehr wesentlichen Beschluss, den man nicht sofort in der jetzigen Sitzung fällen könne. Dies müsse in der nächsten Sitzung am 18.03.2019 ganz offiziell auf die Tagesordnung genommen werden. Er bittet deshalb um ein Meinungsbild darüber, ob der Gemeinderat möchte, dass dieses Thema am 18.03.2019 auf die Tagesordnung genommen und dann darüber entschieden wird, ob ein verbindlicher Bürgerentscheid durchgeführt werden soll. Hierzu erklärt Herr Lauer, dass hierfür zwei Drittel aller Mitglieder des Gemeinderates für die Durchführung eines solchen verbindlichen Bürgerentscheides votieren müssten. Zudem wagt er mit Blick auf die Kürze der Zeit zu bezweifeln, dass dieser Bürgerentscheid dann im Zuge der Kommunalwahl am 26.05.2019 bereits durchgeführt werden könnte. Er geht davon aus, dass dies zeitlich eher nicht funktionieren würde und dass man hierfür einen späteren Termin festlegen müsse. Er werde dies jedoch bis zur nächsten Sitzung prüfen. Auf die Nachfrage von Herrn Krachenfels, ob bei einem solchen Bürgerentscheid ein „Mindestmaß“ an Bürger abstimmen muss, erklärt Herr Lauer, dem so sei. Genaueres werde er in der Sitzung am 18.03.2019 vorlegen.

Die Blick auf den Antrag zur Geschäftsordnung von Frau Fauler lässt der Vorsitzende darüber abstimmen, ob das Thema „Verbindlicher Bürgerentscheid“ in der nächsten Sitzung am 18.03.2019 auf die Tagesordnung genommen werden soll oder nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt:

1. Die oben genannten gleichlautenden Gemeinderatsbeschlüsse vom 8. November 2011 bzw. 8. Juli 2013 aufzuheben und flächendeckend auf den Gemeindestraßen mit vorrangiger Wohnbebauung „Tempo 30 Zonen“ in der Gesamtgemeinde Niedereschach einzuführen.
2. Die Verwaltung soll ein Planungsbüro mit der Ausarbeitung des unter Ziffer 1 genannten Beschlusses beauftragen.

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Beschluss:

4.1 Bei sieben Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und einer Enthaltung beschließt der Gemeinderat mehrheitlich, dass dieses Thema am 18.03.2019 im Gemeinderat auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Frau Fauler erklärt nach diesem Beschluss, dass dies für sie „Gelebte Demokratie“ sei. Für sie sei wichtig, zu diesem Thema, das seit Jahren die Kommunalpolitik beschäftigte einmal ein repräsentatives Bild von der Meinung der Bürger zu haben.

Edgar Lamparter kritisiert hingegen, dass wegen ein paar Straßen in Niedereschach in denen noch nicht Tempo 30 gilt, nun ein derart großer Aufwand betrieben werden soll.

Herr Lauer erklärt abschließend, dass für den Bürgerentscheid angesichts der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln aller Gemeinderäte in der Sitzung am 18.03.2019 elf Stimmen notwendig wären, um die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Durchführung eines verbindlichen Bürgerentscheides zu erlangen.

Durch den Beschluss, das Thema am 18.03.2019 noch einmal zu beraten, wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie unter eins und zwei des Beschlussvorschlages aufgeführt, nicht abgestimmt.

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

TOP 5

Wünsche und Anträge

5.1 Herr Werner Reich weist darauf hin, dass er von mehreren Frauen in Kappel angesprochen wurde, dass diese, wenn sie vom Pfarrsaal in Richtung Kirche und dort im Bereich der links und rechts vorhandenen Abbiegung laufen, Ihnen diese Ecke als zu dunkel vorkomme. Er bittet Ortsbaumeister Hartmut Stern darum, sich die Situation einmal vor Ort anzuschauen. Der dortige Bereich bei der Gabelung, sei es nach Meinung der Frauen schlicht und ergreifend nicht genügend ausgeleuchtet.

5.2 Herr Walter Pankoke bittet um Auskunft darüber, weshalb im Bereich des Anwesens Oliver Mager eine dort entlang des Weges stehende Ruhebänk nicht mehr dort platziert ist. Hierzu erklärt Herr Stern, dass die Ruhebänk zur Renovierung im Bauhof der Gemeinde Niedereschach sei und zu gegebener Zeit wieder aufgestellt werde.

TOP 6

Verschiedenes und Bekanntgaben

6.1 Der Vorsitzende stellt ein Projekt der augenheilkundlichen Klinik der Universität Freiburg vor, das sich „Augen-Bus“ nennt. Dabei handle es sich um einen fahrbaren Bus, der in die Orte komme und dort Menschen, die an schweren Sehbehinderungen leiden oder gar blind sind, eine augenärztliche Untersuchung zukommen zu lassen. Dieser Augen-Bus werde am 12.03.2019 von 10.00 Uhr bis 15.30 Uhr beim Pflegehaus in Niedereschach vorfahren. Man werde dies auch in einer der nächsten Ausgaben der Gemeinde aktuell berichten. Mit Blick auf die blinde Mitbürgerin Katja Reuter, bittet Herr Krachenfels um Auskunft darüber, wie diese beispielsweise mitbekommen soll, dass dieser Augen-Bus nach Niedereschach komme. Sie könne das Mitteilungsblatt nicht lesen. Er bittet um Auskunft darüber, ob die Homepage der Gemeinde für Behinderte ausgerichtet ist oder wie Frau Reuter informiert werden könnte. Der Vorsitzende erklärt, dass die Gemeindehomepage für blinde Menschen ausgerichtet. Entsprechend ausgestattet, können sich blinde Menschen die Texte auf der Homepage der Gemeinde, vorlesen lassen. Mit Blick

Auf das Projekt „Augen-Bus“ bezweifelt Gemeinderat Jörg Freund, ob es diesbezüglich Bedarf gibt. Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass der Bedarf tatsächlich vorhanden sei. Dies wisse er direkt von den Verantwortlichen des Pflegehauses und des „Betreuten Wohnen“.

6.2 Als erfreulich bezeichnet der Vorsitzende die Erkenntnis des früheren Försters Wolfgang Storz, der im Bereich eines Gemeindeverbindungsweges einen Wildapfelbaum entdeckt hat. Der Baum steht in Fischbach im Bereich „Öschle“ in einem Entwässerungsgraben. In diesem Herbst habe Herr Storz die Qualität der Früchte geprüft und über Herrn Letule aus Brigachtal auch einen Obstbaumexperten beauftragt, den Wildapfelbaum zu prüfen. In einer Forstschule in der Eifel, sollen nun 20 Exemplare dieses Wildapfelbaumes, der künftig „Öschle-Butzen“ heißen soll, nachgezogen werden. Wer einen solchen Wildapfelbaum möchte, sollte sich mit der Verwaltung in Verbindung setzen.

GEMEINDE NIEDERESCHACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

6.3 Rechnungsamtsleiter Alfred Haberstroh informiert darüber, dass die Kommunalaufsicht die Gesetzmäßigkeit des Haushaltes 2019 bestätigt hat und für die genehmigungspflichtigen Teile der Haushaltssatzung die Genehmigung erteilt habe (siehe Anlage).

Der Gemeinderat

.....

.....

Der Vorsitzende

.....

Der Schriftführer

.....